

18.55

Bundesminister für Inneres Herbert Kickl: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich dem Dank des Abgeordneten Mahrer anschließen. Ich glaube, dass die breite Zustimmung zu dieser Novelle des Waffengesetzes zeigt, dass es uns in einer schwierigen und heiklen Materie gelungen ist, das rechte Maß zu finden, den goldenen Mittelweg quasi gemeinsam auszuloten. Darüber freue ich mich sehr.

Frau Abgeordnete Zadić, Sie werden es vielleicht nicht glauben, aber wir haben etwas gemeinsam: Wir beide sind sozusagen waffenfrei. Ich habe auch nicht vor, mir eine Waffe zuzulegen. Ich habe kein Bedürfnis, ich brauche das nicht.

Aber etwas unterscheidet uns, und das ist der Punkt, dass ich es jedem Bürger zugestehe, nach klaren Regeln und auf Basis von klaren Auflagen von seinem Recht Gebrauch zu machen, sich eine Waffe zu besorgen und eine Waffe zu besitzen, ohne dass er dafür an den Pranger gestellt wird oder dass man der Versuchung mancher unterliegt, in ein halbkriminelles Eck gestellt zu werden. Ich glaube, das muss man schärfstens zurückweisen. Es ist mir wichtig, den Gedanken, dass der Waffenbesitz etwas ist, wo man Menschen auch nur in die Nähe eines Verdachts des Missbrauchs bringen sollte, einmal loszuwerden. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Insgesamt glaube ich, dass wir hier einen guten Schritt gemeinsam vorangekommen sind. Wir haben die EU-Richtlinie umgesetzt, ohne es exzessiv zu übertreiben.

Wir haben ja gesagt, dass wir Gold Plating, dass man Bestimmungen der Europäischen Union in allen Bereichen übererfüllt, für kein besonders gutes Rezept halten. Genau so sind wir auch hier vorgegangen, und deswegen gibt es eine sehr umfassende und praktikable Lösung, was Übergangsbestimmungen betrifft.

Vieles ist heute schon angesprochen worden, auch was den Umgang mit Waffen, die sich jetzt schon in privatem Besitz befinden, betrifft. Hierzu haben wir sehr praktische Übergangsfristen gefunden, und niemand ist dazu genötigt, seinen bisherigen Bestand in irgendeiner Form abzugeben. Das heißt, es wird niemand – auf gut Deutsch – enteignet, wenn es um seine bisherigen Waffen geht; auch das ist, glaube ich, ein wichtiges Signal.

Ansonsten zeichnet sich diese Novelle vor allem dadurch aus, dass sie ein gehöriges Maß an Entbürokratisierung darstellt. Es sind einfach Erleichterungen, die sich aus der

Praxis heraus für Personengruppen, die sehr viel mit Waffen zu tun haben, ergeben haben.

Schon angesprochen wurden die Sportschützen. Da ist es uns wirklich gelungen, meine ich, einen Teil von bürokratischen Schikanen, die es in der Vergangenheit gegeben hat und schon fast eine Pflanzerei in bestimmten Bereichen waren, einfach beiseitezulegen und einen praktischen Weg zu finden.

Ähnlich sehe ich das im Bereich der Jäger. Es ist ja eine große Gruppe – 120 000 Menschen –, die dieser wichtigen Beschäftigung nachgeht. Hier haben wir dafür gesorgt, dass es eine Anpassung zwischen den Regeln für diejenigen, die regelmäßig, aber eben nicht als Berufsjäger der Jagd nachgehen, und denjenigen, die sozusagen einen Beruf ausüben, gibt.

Aus meiner Sicht sehr wichtig – das wurde schon angesprochen – ist die Notwendigkeit, Justizwachebeamte und Militärpolizisten den Exekutivbeamten gleichzustellen, wenn es um die Trageerlaubnis von Waffen geht. Es ist nichts anderes, als dass wir Gleiches gleich behandeln. Ich denke, dass das ein vernünftiger Ansatz ist, denn diese von mir angesprochenen Berufsgruppen haben täglich mit der Waffe umzugehen. Sie sind im Umgang mit der Waffe bestens geschult, darauf trainiert und haben es im Allgemeinen in ihrem beruflichen Alltag mit – sagen wir es einmal vorsichtig – einer etwas schwierigen Kundschaft zu tun, von der durchaus ein gewisses Bedrohungspotenzial ausgeht.

Wie gesagt: Militärpolizisten und Mitglieder der Justizwache haben ein Betätigungsfeld, das demjenigen der Polizisten sehr, sehr ähnlich ist. Deswegen finde ich es nur gerecht, wenn wir ihnen die gleichen Zugangsmöglichkeiten zum Führen einer Waffe ermöglichen, wie das bei Polizisten der Fall ist. Für mich ist das auch eine Form der Anerkennung diesen Berufsgruppen gegenüber, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Präsidentin Bures übernimmt den Vorsitz.)*

Schon angesprochen wurde die eine oder andere Verschärfung, die mir wichtig ist, die es im Bereich der psychologischen Gutachten gegeben hat. Ich denke, dass es notwendig gewesen ist, irgendwo auch eine Grenze einzuziehen und dafür zu sorgen, dass es, wenn jemand dreimal bei diesem Test durchfällt, eine Abkühlphase oder Stehzeit von zehn Jahren gibt, bis man es wieder versuchen kann. Ich denke, bei aller Berechtigung des Waffenbesitzes ist es durchaus auch notwendig, dafür zu sorgen, dass nicht die falschen Personen diejenigen sind, die in den Besitz einer Waffe kommen. Eine Waffe, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist kein Spielzeug.

Eine wesentliche Komponente, die auch schon angesprochen wurde, ist die Ausweitung des Waffenverbots für bestimmte Drittstaatsangehörige. Das betrifft insbesondere Asylwerber und Asylberechtigte. Die tragischen Fälle aus den letzten Tagen und Wochen sind schon genannt worden. Was wir hier machen, ist keine Ad-hoc-Aktion, es ist nicht das, was man hin und wieder vorgeworfen bekommt, nämlich dass wir populistisch reagieren und irgendwelche tragischen Fälle ausnutzen wollen, sondern wir erfüllen damit ein Erfordernis, das sich stellt, weil die Bevölkerung es sich erwarten kann, dass wir insgesamt vor dem Hintergrund der gestiegenen Anzahl an Messerattacken – es ist nun einmal eine Tatsache, dass Afghanen, Tschetschenen und Türken auf dieser Liste ganz, ganz oben stehen – zu entsprechenden Gegenmaßnahmen greifen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)* Eine dieser Gegenmaßnahmen ist eben die Ausweitung des Waffenverbots auf Asylwerber und Asylberechtigte.

Ich habe mir natürlich in der Vergangenheit in Debatten – wenn auch hier und heute nicht, aber doch in politischen Diskussionen – anhören müssen, dass das ein Akt der Diskriminierung wäre, der da von uns politisch auf den Weg gebracht wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesem Vorwurf kann ich sehr, sehr gut leben, wenn es uns mit dieser Maßnahme gelingt, die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung wieder um ein Stück zu erhöhen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

19.02

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Hannes Amesbauer. – Bitte.